

Zeitschrift: St. Galler Jahresmappe
Band: 41 (1938)

Artikel: Die Schweiz im Jahre 1937
Autor: Flükiger, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-948314>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz im Jahre 1937

Von E. Flükiger

Der letztjährige Rückblick wurde von uns mit dem Ausdrucke der Hoffnung abgeschlossen, daß der *Abwertungsbeschluß* des Bundesrates vom 26. September 1936 sich wirtschaftlich und politisch positiv auswirken werde. Diese Erwartung ist erfreulicherweise nicht enttäuscht worden. Die befürchtete Lebensmittel-Teuerung hielt sich bisher in erträglichen Grenzen, während anderseits der Außenhandel der Schweiz eine starke Belebung erfuhr, die Arbeitslosenziffer bedeutend sank und die schweizerische Fremdenindustrie durch eine außergewöhnlich gute Saison von den Rückschlägen früherer Jahre sich wieder einigermaßen erholen konnte. Für die öffentlichen Verwaltungen wirkte sich die Abwertung durch die Besserung der Steuereinnahmen und die Erleichterung des Geldmarktes vorteilhaft aus. Es ist freilich zu erwarten, daß auf die Dauer auch die Schattenseiten der neuen wirtschaftlichen Situation, die Verteuerung der Lebenshaltung und die dadurch naturgemäß bedingten Lohnnerhöhungen sich in stärkerem Maße bemerkbar machen werden. Trotzdem darf wohl heute behauptet werden, daß die Vorteile der Abwertung deren Nachteile bedeutend überwiegen. Das vielkritisierte Vorgehen des Bundesrates ist somit durch die Entwicklung durchaus gerechtfertigt worden.

Unsere nationale Volkswirtschaft würde ohne Zweifel noch weit besser prosperieren, wenn nicht die *gespannte internationale Lage*, die im Berichtsjahre durch den Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges noch erheblich verschärft wurde und die fortwährende Gefahr eines allgemeinen europäischen Konfliktes in sich schließt, wie ein Alpdruck auch auf unserem neutralen Lande lasten würde. Immer mehr scheint sich die Welt in zwei politische Blöcke zu scheiden, in die um die Achse Rom-Berlin sich gruppierenden Diktatur-Staaten und in eine antifaschistische Phalanx, deren Mittelpunkt die großen westlichen Demokratien bilden. Bei dieser gefährlichen Konstellation muß es die Hauptaufgabe unserer auswärtigen Politik sein, nach allen Seiten die Unabhängigkeit zu wahren und sich unter keinen Umständen in das Schlepptau der einen oder andern Mächte-Gruppe nehmen zu lassen. Der Chef des Politischen Departementes, Bundespräsident Motta, war wegen der wohl etwas voreilig ausgesprochenen *de jure*-Anerkennung des italienischen Imperiums in Äthiopien und wegen seiner angeblichen Sympathien für das nationalistische Spanien die Zielscheibe heftiger Angriffe von Seite der äußersten Linken, die indessen in den Räten zusammenbrachen und eher zu einer Festigung der Posi-

tion des angefeindeten Staatsmannes führten. Motta vermochte den Nachweis zu erbringen, daß er insbesondere in der *Spanienpolitik* sich genau an die vom Parlament gutgeheißenen Maßnahmen gehalten hat; die vor allem kritisierte Aufnahme faktischer Beziehungen mit dem Vertreter des Generals Franco in Bern erschien wegen den Rücksichten auf die in Spanien niedergelassenen Schweizer als notwendig. Anderseits stand die Aktivlegitimation der Kritiker als Hüter der schweizerischen Neutralität auf recht schwachen Füßen, weil die von der Linken geforderte Politik, die durch hemmungslose Sympathien für die spanische Volksfront-Regierung sich auszeichnet, unser Land in eine recht bedenkliche Situation hineinmanövrieren könnte. Die Meinungsbildung des einzelnen Bürgers über die Ereignisse in Spanien, wo der Bürgerkrieg noch immer unentschieden weiter wütet, ist und bleibt natürlich frei; aber der Staat muß die größte Zurückhaltung und Unparteilichkeit beobachten und gegen jede tatsächliche Unterstützung der kriegführenden Parteien, die speziell in den zahlreichen Fällen von Reisläuferei oder Waffenschmuggeln nach Spanien zutage tritt, mit schonungsloser Strenge vorgehen.

Ein sensationelles Ereignis unserer auswärtigen Politik war die Unterredung von Alt-Bundesrat *Schultheß* mit dem deutschen Reichskanzler *Hitler*, die am 23. Februar in Berlin stattfand und nachher in den eidgenössischen Räten durch Interpellationen ein starkes Echo erfuhr. Die Erklärungen Hitlers, der in aller Form für die Respektierung der Unverletzlichkeit und Neutralität unseres Landes sich verpflichtete, „komme was kommen mag“, trugen nicht wenig zur Entspannung der schweizerisch-deutschen Beziehungen bei. Ein engeres Freundschaftsverhältnis, wie es früher auf Grund gemeinsamer Kulturgüter bestand, vermochten freilich auch sie nicht herbei zu zaubern, da die weltanschauliche Kluft zwischen den beiden Ländern zu groß ist. Ernstere Zwischenfälle kamen seit der Ermordung Gustloffs, die durch die Verurteilung des Mörders Frankfurter zu 18 Jahren Zuchthaus ihre Sühne gefunden hatte, erfreulicherweise nicht mehr vor; indessen haben z. B. die pressepolitischen Verhältnisse bis heute noch keine befriedigende Lösung gefunden, und das Schweizervolk ist auch wachsam gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda geblieben. Das beweist mit aller Deutlichkeit die entschiedene Ablehnung eines bei St. Gallen geplanten deutschen Krieger-Mausoleums durch die geschlossene öffentliche Meinung.

In engere Verbindung kam unser Land im Berichtsjahre mit Frankreich — nicht etwa wegen des dortigen innerpolitischen Kurses, dessen wirtschaftliche und soziale Volksfront-Experimente eher abschreckend gewirkt haben, sondern wegen der mit einiger Verzögerung eröffneten *Pariser Weltausstellung*, an welcher der Schweizer Pavillon allgemeine Beachtung gefunden hat. Tausende von Schweizern sind in die Weltstadt an der Seine gereist, um die grandiose Schau zu besuchen. In der Heimat sind unterdessen die Vorarbeiten für die im Jahre 1939 in Zürich stattfindende *Schweizerische Landesausstellung* umfassend an die Hand genommen worden, wobei man auch die Pariser Erfahrungen in kleinerem Maßstabe nützlich verwenden wird.

Damit kommen wir auf die wichtigsten Ereignisse unserer inneren Politik zu sprechen. Diese stand während längerer Zeit im Zeichen der „*Richtlinienbewegung*“ und der mit dieser in gewissem Zusammenhang stehenden Ideen des Ministers Dr. Stucki, die in der öffentlichen Diskussion teils begeisterte Zustimmung, teils scharfe Ablehnung fanden. Der Zentralvorstand der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei hatte schon am 13. Februar, übrigens mit Zustimmung von Dr. Stucki, den Beitritt zur Richtlinienbewegung in deren heutiger Form abgelehnt, ohne indessen alle Brücken der Verständigung für die Zukunft abubrechen. Da die Parteileitung grundsätzlich dem Gedanken einer Sammlung auf die Mitte und einer nationalen Zusammenarbeit aller auf dem Boden der Demokratie stehenden Gruppen sympathisch gegenüberstand, ließ sie am Luzerner Parteitag vom 22. Mai durch den Schreibenden ein *Arbeitsprogramm* mit einer Reihe dringender Postulate begründen, in der Meinung, daß die andern Parteien zur Mitarbeit auf dieser Basis eingeladen werden sollen. Der Parteitag pflichtete dieser Auffassung bei, und damit schien die Bahn für die Einleitung von Verhandlungen mit andern Gruppen frei, wobei ausdrücklich festzustellen ist, daß niemals an einen einseitigen Bürgerblock, sondern auch an eine gleichzeitige Fühlungnahme mit der auf demokratischem Boden stehenden Arbeiterschaft gedacht wurde. Auch der eindrucksvolle Vortrag, den Minister Dr. Stucki am andern Morgen in Luzern hielt, bewegte sich durchaus auf dieser Linie. Leider begnügte sich der Redner nicht mit seinem unbestrittenen oratorischen Erfolge; er verlangte vielmehr, wohl durch die momentane Stimmung beeinflusst, vom Parteitage die Annahme einer etwas aus dem Handgelenk entworfenen Resolution, die zu Mißverständnissen Anlaß geben konnte und sofort auf den Widerstand der Welschen stieß. Um einen Bruch mit diesen zu vermeiden, stimmte Dr. Stucki schließlich der Überweisung seines Antrages an die kantonalen Sektionen zu. Diese lehnten in der Folge mehrheitlich die Resolution Stucki ab, und der schweizerische Parteitag in Olten vom 21. Juli kehrte infolgedessen mit Hilfe einer Verständigungsformel zur Anfangsposition, zum Luzerner Beschluß über das Arbeitsprogramm, zurück. Auf dieser Plattform nahm die freisinnige Parteileitung die Verhandlungen mit den andern Parteien auf,

und es ist zu hoffen, daß daraus ein positives Ergebnis, zum mindesten die Möglichkeit einer interparteilichen Zusammenarbeit in den großen Landesfragen resultieren wird. Herrn Dr. Stucki aber, der übrigens zu Beginn des nächsten Jahres seine bisherige Stellung als Delegierter für den Außenhandel mit dem Gesandtenposten in Paris vertauschen wird, darf das Zeugnis ausgestellt werden, daß er mit seinem wohl etwas zu kühnen und stark gefühlsmäßigen Vorstoß dem politischen Leben in unserer Demokratie außerordentlich starke Impulse gegeben hat. Einen realen Hintergrund hatten die Gedankengänge Dr. Stuckis in den Beratungen der interparteilichen Wirtschafts-Expertenkommission, welche zum Entwurf für einen *neuen Wirtschaftsartikel* der Bundesverfassung geführt haben.

Die Zahl der Initiativen hat sich im Berichtsjahre weiter vergrößert; ein einziges dieser Volksbegehren, die vom Bundesrat und Bundesversammlung entschieden abgelehnte *Freimaurer-Initiative* des Obersten Fonjallaz gelangte am letzten Novembersonntag zur Abstimmung. Sie wurde mit 515 002 Nein gegen 233 808 Ja wuchtig verworfen. Alle Stände, außer Freiburg, lehnten die Initiative ab.

Von der welschen Schweiz aus wird der Gedanke der *Kommunistenverbote* propagiert. In Neuenburg und Genf sind solche Gesetze bereits vom Volk angenommen worden, nicht zuletzt unter dem Einfluß des bedauerlichen Krawalls, den die Kommunisten in La Chaux-de-Fonds veranlaßt haben. Auch in einzelnen deutsch-schweizerischen Kantonen ist der Versuch unternommen worden, die Kommunisten und andere staatsgefährliche Organisationen zu verbieten; im Kanton Zürich ist eine Initiative der Bauernpartei sofort durch ein etwas anders formuliertes Volksbegehren von Seite des Landesringes der Unabhängigen konkurrenziert worden. Auf eidgenössischem Boden wurde dagegen die Weiterberatung des unter keinem günstigen Stern geborenen Staatsschutz-Gesetzes sistiert; sie soll erst wieder aufgenommen werden, wenn über das Schicksal des *Eidgenössischen Strafgesetzes* Klarheit herrscht. Dieses große Werk, an dem während eines Vierteljahrhunderts gearbeitet worden ist, ist nunmehr zum Abschluß gebracht und könnte in absehbarer Zeit in Kraft gesetzt werden, sofern es nicht etwa an der Referendumsklippe scheitert.

Eine der schwierigsten Aufgaben der Bundesversammlung war die Verlängerung des Fiskal-Notrechtes, das sog. *Finanzprogramm III*, das nach langen und mühsamen Verhandlungen schließlich unter Dach gebracht werden konnte. Wiederholt hatten sich die Räte auch mit dem Ausbau der *militärischen Landesverteidigung* zu befassen. Dieser hat unter Benutzung der durch die Wehranleihe beschafften Mittel und durch die neue Truppenordnung große Fortschritte gemacht. *Verdunkelungsübungen* im ganzen Lande demonstrierten die Notwendigkeit des passiven Luftschutzes. — Der 450. Todestag Niklaus von Flües rief die Erinnerung an eine große Gestalt unserer vaterländischen Geschichte wach. Der Geist dieses edlen Friedensstifters möge allezeit segnend über unserer Heimat stehen!

WEICHES WASSER



*Ich bin sehr zufrieden u. glücklich,
mich nicht mehr um die Wäsche
kümmern zu müssen!*

Ein Urteil unter vielen! Dürfen wir auch Ihnen dienen?

Waschanstalt Walke

Scheitlin-Naef Telefon 28.662



Spezialität: **Tafelbesteck**

**Gold- und
Silberwaren**

Vorteilhafte Preise

R. BOLLI
Goldschmied
MULTERGASSE 20

vormals J. Keller-Ambühl, St. Gallen

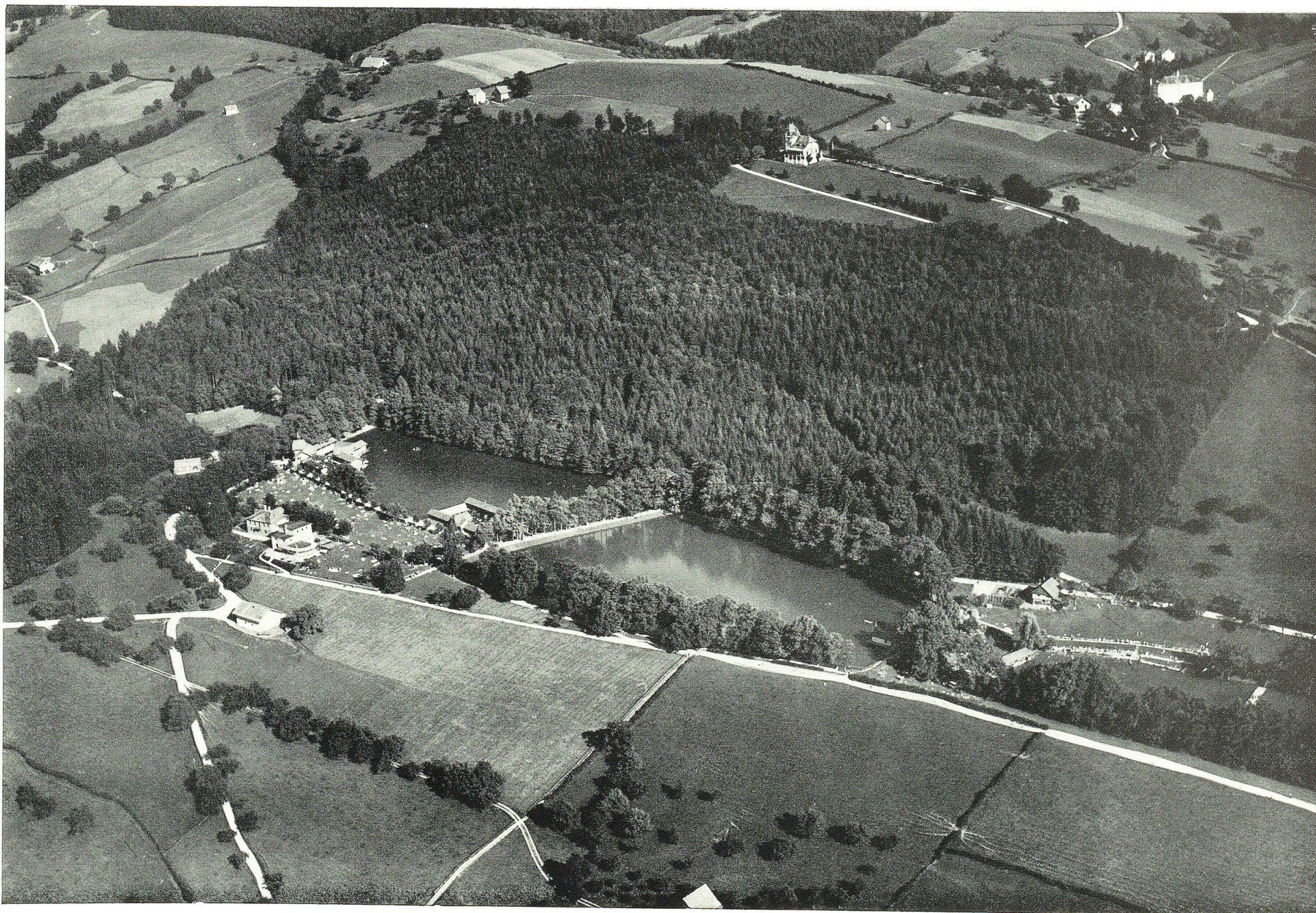
Schweizerische Bankgesellschaft

ST. GALLEN



Ersparnisanstalt Toggenburg AG

Filiale St. Gallen, St. Leonhardstraße 24



Drei Weiher

Phot. H. Gross